



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Mittwoch, 02.05.2018, 17:08 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**                      **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe separates Protokoll Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg.

**TOP 2**                      **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe separates Protokoll Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg.

**TOP 3**                      **Einziehung von öffentlichen Verkehrsflächen im**                      **Vorl.Nr. 176/18**  
**Entwicklungsbereich Bahnhofsareal -**  
**Kallenberg'sches Gelände**  
**(Vorberatung)**

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Zwei Teilflächen des Grundstücks Flurstück 586/3 mit einer Fläche von ca. 313 m<sup>2</sup> und ca. 57 m<sup>2</sup> werden eingezogen.
2. Die Einziehungsabsicht ist öffentlich bekanntzumachen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** eröffnet im Anschluss an die Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. BM Ilk teilt mit, dass man sich eingehend mit dieser Planung beschäftigt habe. Hieraus resultiere die Einziehung der öffentlichen Verkehrsflächen. BM Ilk eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Liepins** will wissen, ob der Kurvenradius für eine Hochflurbahn an der Leonbergerstraße ausreiche.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) teilt mit, dass eine Niederflurbahn eingeplant sei.

Stadtrat **Rothacker** spricht die Radwegführung an.

Stadträtin **Burkhardt** kritisiert die Größe des Gebäudes. Sie wolle in der Umgebung des Bahnhofes mehr Grün. Sie werde der Vorlage nicht zustimmen. Weiter spricht sie die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger an.

BM **Ilk** geht auf die Radwegführung ein. Die Machbarkeit sei grundsätzlich denkbar. Es gehe um die Neuordnung des Verkehrsraumes. Nachdem keine weiteren Fragen eingehen, lässt BM Ilk abstimmen.

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Erhöhung der Gesamtkosten der Maßnahme von 1.440.000,-- € auf 1.980.000,-- € (brutto) wird zugestimmt. Darin enthalten ist auch die Erhöhung der Baunebenkosten um 100.000,-- €.
2. Die Firma Eichele, Aalener Straße 7 in 73453 Untergröningen erhält auf Grundlage des Angebots vom 31.01.2018 den Auftrag, die Arbeiten zur Neugestaltung der Anlegestelle durchzuführen.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt

Die Angebotssumme beträgt	1.139.939,86 €
zuzüglich Unvorhergesehenes ca. 5,2 %	<u>60.060,20 €</u>

**Vergabesumme brutto** **1.200.000,00 €**

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,-- € (brutto) überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

BM **Ilk** weist darauf hin, dass dieses Thema bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ausführlich beraten worden sei. Die Beschlussfassung erfolgte bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 15.03.2018. Diese geht als Empfehlung an den Gemeinderat. Heute informiert er anhand einer Präsentation erneut über die möglichen Standorte für die Flusskreuzfahrtschiffe. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** informiert zum Thema und teilt mit, dass die Vorlage in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Abstimmung gebracht werde. Heute informiert er anhand einer Präsentation erneut über die möglichen Standorte für die Flusskreuzfahrtschiffe. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Weiter merkt BM **Ilk** an, dass möglicherweise die Option von Regressforderungen bestehe, soweit kein triftiger Grund gegen das Durchführen der Baumaßnahme vorliege. BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** wünsche sich noch weitere Informationen zur Gästeanzahl aufgrund der Kreuzfahrtschiffe. Hierzu sollen Informationen über TEL eingeholt werden. Attraktiv sei die Anlegestelle nicht. Fraglich sei, wo der Bus geparkt werden solle. Er könne sich dies im Bereich der Anbindung zum Freibad vorstellen. Der Vergabe könne er zustimmen. Er weist darauf hin, dass eine Vergabe von einem Gremienentscheid abhängig sei und somit sehe er Regressforderungen als fraglich. Dies müsse im Vertrag geregelt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** sieht es für vernünftig zu prüfen, inwiefern die Stadt von den Gästen der

---

Kreuzfahrtschiffe profitiere. Im Zusammenhang mit einem Neckarsteg könne eventuell eine elegantere Lösung gefunden werde. Sie sehe momentan keinen Zeitdruck. Weiter spricht sie allgemein die steigenden Kosten für die geplanten Projekte an. Man müsse Prioritäten setzen und dieses Projekt stehe nicht an erster Stelle, so Dr. Knoß. Die Regresspflicht sehe sie kritisch. Dies müsse bereits bei der Ausschreibung geregelt werden. Sie sehe die Erhöhung der Kosten als gravierend. Sie wünsche sich eine juristische Klärung, da dies für das Abstimmungsverhalten entscheidend sei. Weiter geht sie auf die Ökobilanz ein. Sie fragt, ob vorrangig die Maßnahme am Wasser erfolge, da hier mehr Ökopunkte zu erwarten seien. Sie sei der Meinung, dass man im Stadtgebiet nach Notwendigkeit der Grüngebiete entscheiden solle. Momentan könne sie der Vorlage nicht zustimmen und wolle sich enthalten. Sofern die Strafe nicht zu zahlen sei, werde sie eventuell dagegen stimmen.

BM **Ilk** merkt hierzu an, dass in der VOB der triftige Grund geregelt sei. Sofern ein Baubeschluss gefasst und die Ausschreibung veröffentlicht sei, sei dies ein öffentliches Versprechen, an das sei man gebunden.

Stadtrat **Juraneck** empfinde die Kostenerhöhung ebenso als hoch. Weiter wolle er das Problem der Förderschädlichkeit im Bezug auf den Zuschuss des Wasserwirtschaftsamtes ansprechen. Grundsätzlich könne er dem ersten Bauabschnitt zustimmen. Die Anlegestelle auf Neckarweihinger Seite sei keine Option. In der Tourismuskonzeption sei der Neckartourismus ein Baustein. Auf der Hoheneckerseite sei die Situation sehr idyllisch. Bis zum zweiten Bauabschnitt müsse die Problematik gelöst werden.

Die Anlegestelle „Hubele“ sei heute nicht Gegenstand der Vorlage, so Stadtrat **Rothacker**. Er könne der Vorlage nicht zustimmen. Die Erhöhung der Kostensumme sei erheblich. Weiter geht er auf die Bewerbung zur Landesgartenschau ein. Hier sollen die Stadtteile eingebunden werden. Er wolle dieses Thema bis zur Entscheidung über die Landesgartenschau zurückstellen.

Stadträtin **Burkhardt** wünscht die Aufnahme ihres Wortbeitrages in das Protokoll: „ Im Jahre 2004 hat die Ludwigsburger Stadtverwaltung entdeckt, dass Umgestaltungen von Flussufern dreimal so viel Öko- Punkte für Neubau von Wohngebieten oder Gewerbegebieten bringen wie die Umgestaltung von Wiesen und anderen Freiflächen. Ausgleichsmaßnahmen sind inzwischen gesetzlich vorgeschrieben. Die Stadt Ludwigsburg hat wegen immerwährender Bautätigkeit in den letzten Jahrzehnten auf seiner engen Markung nicht mehr viele unüberplante Gebiete. Deshalb jammerte der damalige Baubürgermeister Schmid, dass die Stadt mit dem Rücken zur Wand stehe und dringen die sogenannte Renaturierung des Neckarufers benötige, um an anderen Stellen weiter versiegeln zu können. Inzwischen sind die Zugwiesen und die Uferwiesen I „renaturiert“, was sie als Grünflächen und Freiflächen gar nicht nötig hatten. Das Wasser- und Schifffahrtsamt Stuttgart, das für den Neckar zuständig ist, wollte aber in beiden genannten Gebieten die Betonwände sanieren, die wegen der Neckarkanalisation im letzten Jahrhundert als Flussufer gebaut worden waren. Außerdem wurde in den Zugwiesen ein Laichkanal für die flussaufwärts ziehenden Fische eingeplant. Insbesondere die Umgestaltung der Uferwiesen I erschienen und zwar nicht gerade als besonders zwingend. Da aber sowieso Arbeiten am Ufer anstanden, wollten wir trotz Bedenken wegen der Gefahr der touristischen Übernutzung nicht ablehnen. Die Flussränder bei den Uferwiesen II aber sind genauso in Ordnung wie die Flora und Fauna in der Nähe des Hohenecker Ortskerns. Es ist ein Gebiet ohne hohe Folgekosten durch Nil- und Wildgänse und Menschen und ihre jeweiligen Hinterlassenschaften, ohne Auseinandersetzungen wegen der fischfressenden Kormorane und ihren Abschuss. Die Wanderer laufen ungestört von

---

Kraftfahrzeugen unter schönen Bäumen in gepflegter Fläche, die Radfahrer haben zum großen Teil ihren eigenen Radweg- also ist alles in Ordnung. Wozu sollen dann 1 bzw. jetzt 2 Millionen Euro ausgegeben werden, damit im Mäurach oder im Schauinsland oder am östlichen Neckarufer neue Gewerbeflächen, neue Wohnbauten mit einem bescheiden geplanten Anteil an preisgünstigem Wohnungsbau oder neue Parkplätze für sportliche Schwimmer entstehen, die nicht einen Kilometer zu Fuß gehen können? Wir kennen viele Flächen in der Stadt, die das Geld dringender benötigen würden, in erster Linie unsere vielen Alleen, die sich in einem traurigen Zustand befinden.

Für uns besteht in den Uferwiesen II kein Bedarf an Aufwertung, wohl aber in der Frankfurter, Heilbronner, Stuttgarter Straße, in der Schorndorfer Straße, der westlichen Osterholzallee, der Gänsfußallee mitsamt dem Kreisverkehr an der Kreuzung beider Straßen, von dessen Bau wir auch nichts mehr gehört haben....Damit will ich es genug sein lassen. Ich lehne die Vorlage aus den genannten Gründen ab und möchte meine Aussage ins Protokoll aufgenommen haben.“(Text: Stadträtin Burkhardt)

Stadtrat **Noz** wolle zeitnah von der Verwaltung eine Berichterstattung unter welchen Bedingungen eine Vergabe, nach einer Ausschreibung, ohne Folgekosten aufgehoben werden könne.

BM **Ilk** merkt an, dass diese Idee gut sei und er nehme den Auftrag mit.

Stadträtin **Liepins** erinnert, dass der erste Bauabschnitt kritisch gesehen worden sei. Sie höre nur positive Rückmeldungen aus der Bürgerschaft. Der Aufenthalt am Neckar werde sehr genossen und dies sei eine Bereicherung für die Stadt. Es sei ein Zugang zum Neckar geschaffen worden und das Flussufer sei erlebbar für die Menschen. Sie werde der Vorlage zustimmen. Weiter spricht sie den Wohnungsmarkt an. Man brauche dringend Wohnraum.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass die Maßnahme nicht aufgrund der Ökopunkte erfolge, sondern für die Bevölkerung.

Für Stadtrat **Weiss** seien die Uferwiesen II momentan nicht notwendig für die Bevölkerung. Man habe andere Prioritäten und spricht die finanzielle Situation der Stadt an. Man gebe zu viel Geld aus. Mit einem Zuschlag zur Landesgartenschau könne man erneut darüber als Gesamtprogramm nachgedacht werden. Solange solle alles so bleiben. Weiter wolle er Informationen zu den geflossenen Zuschüssen der letzten 5 Jahre. Es gebe zu viele Unklarheiten. Der Vorlage könne er nicht zustimmen.

Auf das Verkehrsproblem geht Stadtrat **Remmele** ein. Der Südknoten solle angegangen werden.

Stadträtin **Burkhardt** stimme der Aussage zu, dass zu viel Geld ausgegeben werde. Die Naherholung dürfe nicht nur konzentriert am Neckarufer stattfinden. Es gebe viele Flächen, die aufgewertet werden können und der Bevölkerung zugute kämen.

Eine Klarstellung bezüglich der Anlegestelle der Kreuzfahrtschiffe wünsche sich Stadträtin **Liepins**.

BM **Ilk** teilt mit, dass bisher das Anlegen lediglich geduldet sei. Eine Verlängerung sei nicht denkbar. Im jetzigen Zustand sei das Anlegen der Kreuzfahrtschiffe nicht mehr möglich. Der normale Schifffahrtverkehr, wie der Neckarkäpt'n, sei problemlos, da die Aufenthaltsdauer lediglich maximal vier Stunden betrage. Das Anlegen der Kreuzfahrtschiffe von maximal vier

---

Stunden sei theoretisch denkbar, hierzu müssen allerdings baulich Verbesserungen erfolgen.

Stadtrat **Rothacker** versteht nicht, weshalb dem Bauabschnitt I zugestimmt werde, da selbst nach Umbau der Anlegestelle keine Kreuzfahrtschiffe länger anlegen können.

BM **Ilk** klärt mit der TEL wieviel Gäste durch die Kreuzfahrtschiffe zu erwarten seien. Zudem welche Bedeutung die Flusskreuzfahrer für die Stadt haben. In der nächsten Gemeinderatssitzung brauche man eine Entscheidung. Das Thema der Aufhebung der Vergabe werde vertieft und herausgearbeitet.

Stadtrat **Weiss** wünscht sich eine Aussage eines externen Experten.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht auf die offenen Fragen ein. Die Förderungen werden intensiv abgeprüft. Im Jahre 2017 seien sämtliche Fördergelder zur Entschädigung wegen der Überflutung nach Braunsbach geflossen. Heute gehe es um den ersten Bauabschnitt. Die Fördergelder werden erwartet. Man habe die Anlegestelle und den renaturierten Bereich getrennt, so werde kein förderschädlicher Bereich ausgeführt. Soweit die Förderzusage erfolge, gehe man in die Vergabe und Ausschreibung.

Stadträtin **Burkhardt** teilt mit, dass sie die Auskunft des Wasser- und Schifffahrtsamt erhalten habe, dass für die Uferwiesen II keine hohen Zuschüsse gewährt werden. Die Zuschüsse werden für andere Gebiete am Neckar benötigt. Die Verbauung im Gebiet Uferwiesen II sei in Ordnung.

BM **Ilk** nimmt die Anregungen mit und schließt diesen TOP.

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** und Herr **Veselaj** (FB Stadtplanung und Vermessung, sowie Frau **Hufnagl** (FB Bürgerbüro Bauen) informieren anhand einer Präsentation zum Thema. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Die Bürgerbeteiligung sei sehr gut gewesen. Herr Veselaj und Frau Hufnagl stellen den Abschlussbericht zur Bürgerbeteiligung 2018 vor.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass zum Thema Verkehr auf der Fuchshofstrasse, die Untersuchungen der Trassenvarianten im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt werden. BM Ilk eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** merkt an, dass die Besucher hauptsächlich Anwohner gewesen seien. Hier müsse man abwägen. Die Ausarbeitungen aus der Bürgerbeteiligung können nur als Grundlage für die weitere Planung dienen, soweit der Gemeinderat dies mittrage. Es erkenne eine deutliche Tendenz für die Notwendigkeit der Waiblinger Straße. Er wolle dieses Thema frühzeitig einspeisen. Er fordere einen Stellplatzschlüssel von 1,5, einen Besucherschlüssel daraus von 30%, sowie müsse der Bedarf des Sports abgedeckt werden und nicht für die Bürger aufgrund von zugeparkten Straßen zum Nachteil werden. Wichtig sei ebenso ein Konzept zur Preisgestaltung, insbesondere zur Parkierung. Die baldige Schaffung von Wohnraum sei dringend notwendig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht ein Lob an die Verwaltung rund um die Organisation zur Bürgerbeteiligung aus. Die Angaben aus der Bürgerbeteiligung seien breit gefächert. Sie sehe die Eigenbetroffenheit versus einer vernünftigen, klimaschonenden, zukunftsweisenden Stadtplanung. Dennoch solle der Finanzvorbehalt beachtet werden und spricht den Standort der Schule an. Dieser sei an der falschen Stelle. Alternative Wohnformen, verkehrsberuhigt, Grün, Mobilität, auch im Hinblick auf den BRT, seien wichtige Themen. Ebenso wünsche sie sich mehr Holzbauten und die Einbeziehung der WBL. Durch die Mobilität durch den BRT benötige man weniger Stellplätze. Die Ideen der Bürger sollen umgesetzt werden. Sie wünsche sich eine moderne, zukunftsfähige Entwicklung.

Die Beteiligten wünschen sich einen idealen Stadtteil mit verschiedenen Wohnformen, preisgünstig und teures Wohnen, grün, gleichberechtigte Verkehrsformen, so Stadträtin **Liepins**. Sie habe Bedenken, wie dies alles umgesetzt werden könne. Eine schwierige Aufgabe sehe sie in der Forderung des ruhenden Verkehrs unter der Erde. Auch die Stellplätze für die Sportnutzungen. Das Sportareal sei sehr groß. Weiter spricht sie die Umgestaltung des Berliner Platzes an. Man müsse über Tief- und Hochgaragen nachdenken. Eine gute Lösung für den fließenden und ruhenden Verkehr sei noch eine Herausforderung. Zudem geht sie auf die BRT Trasse ein. Im Gegensatz zu ihrer Vorrednerin habe sie eine andere Vorstellung. Die öffentlichen Stellplätze Fuchshof müssen weichen. Hierzu sehe sie noch Diskussionsbedarf. Weiter wolle sie wissen, ob die liegenschaftlichen Angelegenheiten geklärt seien und wann mit einer Umsetzung der Wohnbebauung gerechnet werden könne.

Stadtrat **Rothacker** spricht den Dreiklang Grün- Sport- Wohnen an. Der Schulstandort sei demokratisch abgestimmt. Die Wünsche aus der Bürgerbeteiligung müssen abgewägt werden. Weiter geht er auf die Quartiersgarage Lidl ein, die leider nicht erfüllt werde und die Option einer Tiefgarage unter der Bärenwiese. Er könne sich vermehrt Quartiersgaragen in Hochbauweise vorstellen. Die bisherige Parksituation sei kritisch. Den Stellplatzschlüssel von 1,5 sehe er als richtig. Er geht auf das Thema BRT Strecke ein. Hier gebe es einen Unterschied zur BRT Trasse, da keine Bevorrechtigungsspur vorgesehen sei. Die Besucher des HCL kommen aus der ganzen Region und darüber hinaus. Hier werden Stellplätze benötigt. Er wünsche sich weiterhin einen durchwachsenen Stadtteil. Wohnraum werde gebraucht, hierzu wünsche er sich eine Zeitangabe.

---

Das Thema Verkehrssituation müsse als Ganzes gesehen werden. Über die große Bürgerbeteiligung habe er sich gefreut. Ebenso könne eine interaktive Beteiligung durch die Kamera stattfinden, dies finde er gut.

Ebenso auf die umfangreiche Bürgerbeteiligung geht Stadträtin **Burkhardt** ein. Der Wunsch nach einem menschenfreundlichen Bauen sei deutlich. Die Wünsche der Bürger sollen eingebaut werden, um Frustration entgegenzuwirken. Sie hoffe auf einen Stadtteil als Vorzeigeobjekt. Der Grünanteil sei sehr hoch und ein wichtiges Naherholungsgebiet. Das eigentliche Problem sehe sie im Thema Verkehr. Es solle ein Kostenvergleich zwischen Tiefgaragen und Parkhäusern gemacht werden. Die Problematik solle nicht auf den Stellplatzschlüssel begrenzt werden. Man solle alternative Bauformen überlegen.

BM **Ilk** nimmt die unterschiedlichen Meinungen zur Kenntnis. Der Zeitplan hänge auch von der Diskussionsdauer im Gremium ab. Die Frage des ruhenden Verkehrs werde eine wichtige Rolle spielen. Weiter weist er darauf hin, dass beim Zurückgreifen des BRT auf die Fuchshofstraße, nicht alle Parkplätze erhalten bleiben können.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) geht auf die offenen Fragen ein. Die Beteiligungsergebnisse seien nicht bindend, sondern Abwägungsmaterial. Für die Schule werde aufgrund der Erfüllung der Zeitschiene ein Planungsrecht separat geschaffen. Parallel werde die Zeit für das Thema Mobilitätskonzept genutzt. Man brauche ein integriertes Gesamtkonzept. Dem Dreiklang fühle man sich verpflichtet. Mit der beschlossenen Rahmenplanung sei der Grundstein gelegt worden. Die Wohngebietsentwicklung werde in Abschnitten erfolgen. Mit dem Grunderwerb sei man gut vorangekommen. Bis zum Ende des Jahres werden das Thema Mobilität und die inhaltlichen Konzepte stehen und der Einstieg in das Bebauungsplanverfahren erfolgen.

Stadtrat **Remmele** wünsche sich mehr Information zum Erwerb der Liegenschaften. Weiter merkt er an, dass er in der Quartiersgarage eine tolle Möglichkeit für Ludwigsburg sehe.

Stadtrat **Link** merkt an, dass mit einer Einbahnstraßenregelung mehr Platz für Stellplätze gewonnen werde.

Stadtrat **Bauer** stört sich daran, dass lediglich über BRT und nicht über die Stadtbahnvariante mit begrünten Gleiskörpern gesprochen werde. Hier sei noch keine Entscheidung gefallen. Der Aspekt des Klimawandels müsse beachtet werden. Die Autos gehören unter die Erde, so Bauer.

Herr **Kurt** fügt hinzu, dass ein Gesamtkonzept erstellt werde. Die Anregungen werden mitgenommen. Es werden beide Verkehrsarten beachtet. Die grünen Gleiskörper sehe er als Placebo Effekt. Hier werde Rollrasen auf Betonkörper angebracht und sei lediglich für die separate Trassenführung möglich.

Auf die Beachtung des Anlieferverkehrs, Feuerwehr, Umzugsfahrzeuge müssen beachtet werden, so Stadtrat **Weiss**.

Stadtrat **Remmele** äußert sich positiv über das Wohngebiet Hartenecker Höhe.

Stadtrat **Th. Lutz** könne sich die Kombination der Turnhalle mit einem Parkhaus vorstellen.

BM **Ilk** schließt diesen TOP und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.